

# Wachstum? Welches Wachstum, Frau Arroyo?

## Ein kritischer Blick auf den Jahresabschlussbericht der Regierung

von Danilo Arana Arao, Sonny Africa und Satur Ocampo

**Was ist im Jahr 2001 geschehen? Die Regierung behauptet, in der Wirtschaft sei alles in Butter. Sie prahlt vor allem damit, dass sie zwei Millionen Stellen geschaffen habe und das Land die höchsten Wachstumsraten in Südostasien aufweise. Das aber sind höchstens Halbwahrheiten. Denn wie kann es ein Wachstum geben — das diesen Namen verdient — wenn die philippinische Gesellschaft sich in einer anhaltenden Krise befindet?**

Die Regierung behauptet, ihre ökonomischen Ziele zu erreichen, hat aber versäumt nachzuweisen, inwieweit sich somit auch das Leben der Bevölkerung, vor allem der Armen verbessert hat. Hohe Arbeitslosigkeit, steigende Lebenshaltungskosten, niedrige Löhne, sinkende Kaufkraft — die meisten Menschen haben es schwer zurechtzukommen, ihrer erbärmlichen Armut wegen und der Unfähigkeit der Regierung, diese zu bekämpfen.

Die Regierung Arroyo nimmt für sich in Anspruch, eine Kehrtwende eingeleitet zu haben — und sie führt dazu verschiedene ökonomische Indikatoren ins Felde, die es lohnt, näher unter die Lupe zu nehmen.

### Kein echtes Wachstum

In den ersten neun Monaten des Jahres 2001 wuchs die Wirtschaft gerade einmal um 3,1 Prozent, im gleichen Zeitraum im Jahr 2000 waren es 4,1 Prozent. Das Bruttosozialprodukt pro Kopf ist so niedrig wie in den frühen Achtzigern. Einer landes-

weiten Erhebung des *Food and Nutrition Research Institute* von 1998 zufolge, leiden acht von zehn Kindern an Untergewicht. Das UN-Kinderhilfswerk UNICEF hat die Philippinen unter die zehn Länder mit den meisten fehlernährten Kindern unter fünf Jahren eingestuft.

Wie in der Vergangenheit ist das Wachstum des Volkseinkommens und der heimischen Produktion vornehmlich auf die Überweisungen der Arbeitsmigrant/innen (OCWs) zurückzuführen. Das Nettoeinkommen aus Übersee ist um neun Prozent gestiegen.

Dennoch sind nach Angaben der Zentralbank diese Überweisungen auf 3,7 Milliarden US-Dollar zurückgegangen, 2000 waren es noch 4,1 Milliarden.

Dass der weiterverarbeitende Sektor um 5,6 Prozent gewachsen ist, mag eine leichte Verbesserung zum Vorjahr sein, das ist aber immer noch weit entfernt von den zweistelligen Wachstumsraten, die für ein nachhaltiges Wachstum vonnöten wären. Theoretisch sollte der sekundäre Sektor den Impuls für wirtschaftliches Wachstum setzen, denn ein pulsierender weiterverarbeitender Sektor bedeutet mehr Investitionen und mehr Arbeitsplätze. Doch im letzten Jahr ist es sogar zu einer Abwanderung von Arbeitsplätzen aus der Industrie in die Landwirtschaft und den Dienstleistungssektor (besonders Groß- und Einzelhandel) gekommen.

### Arbeitsplatzverlust und niedrige Löhne

Jüngste Zahlen aus dem Arbeitsministerium besagen, dass von Juli 2000 bis Juli 2001 die Zahl der Beschäftigten um 2,2 Millionen zugenommen habe, die offizielle Arbeitslosenrate sei demnach von 11,2 Prozent auf 10,1 Prozent gesunken. Ist die Zahl der Arbeitslosen auch leicht von 3,4 auf 3,3 Millionen gesunken, bleibt immer noch zu fragen, was für Jobs denn wirklich geschaffen worden sind.

Aus vielen Vollzeitstellen sind Teilzeitstellen geworden (Wer nur eine Stunde die Woche Arbeit hat, gilt als beschäftigt). 750.000 weniger Vollzeitstellen stehen einer massiven Erhöhung der Teilzeitstellen um 2,8 Millionen gegenüber. Mit 10,9 Millionen Teilzeitbeschäftigten machen diese nun 37,2 Prozent der Gesamtbeschäftigtenzahl von insgesamt 30 Millionen Beschäftigten aus. 11,2 Millionen von ihnen arbeiten auf eigene Rechnung, 4,1 Millionen sind unbezahlte »mithelfende Familienangehörige«. Das heißt: Weitere 37,4 Prozent haben sich wegen der fehlenden Arbeitsgelegenheiten entschließen müssen, (schein-)selbständig zu sein, während 13,6 Prozent (meist Frauen und Kinder) dem Haushaltsvorstand »helfen« ohne jegliche Entlohnung.

*Danilo Arana Arao und Sonny Africa sind Journalisten und arbeiten für die Internetzeitschrift [Bulatlat.com](http://bulatlat.com). Satur Ocampo sitzt für die Parteiliste BAYAN MUNA im Repräsentantenhaus. Der vorliegende Artikel ist eine Zusammenstellung von drei Artikeln, die in [Bulatlat.com](http://Bulatlat.com) erschienen sind.*



Die Jugend ist dabei besonders betroffen, von den 3,3 Millionen Arbeitslosen sind nahezu die Hälfte (1,5 Millionen) zwischen 15 und 24 Jahre alt. Wenn man nun noch die 8,3 Millionen Filipinos und Filipinas hinzurechnet, die im Ausland arbeiten, wird deutlich, dass unsere Volkswirtschaft für die Mehrheit der Bevölkerung keine ausreichende Einkommensmöglichkeiten bieten kann. Aber die Regierung zieht es vor, nur von den geschaffenen Stellen zu sprechen und lässt die Arbeitsplatzverluste außer Acht.

Die meisten Firmen haben Rationalisierung, fehlende Marktchancen und finanzielle Verluste als Grund für Entlassungen angegeben. Nur 1,4 Prozent haben zu hohe Löhne als Grund angegeben. Das lässt die Position von Regierung und Arbeitgebern fraglich werden, die behaupten, eine von radikalen Kräften geforderte Anhebung des täglichen Mindestlohns um 125 Pesos (3 €) würde zu Entlassungen führen. Doch die Gründe für Entlassungen sind struktureller Natur, außerdem machen die Lohnkosten nur zehn Prozent der Produktionskosten aus.

## Wachsende Armut

Im November 2001 lag der Mindestlohn in Metro Manila bei 265 Pesos, in den Provinzen zwischen 140 Pesos (ARMM) und 217 Pesos (Südtagalog). Doch für Dezember 2001 schätzt Bulatlat.com die täglichen Lebenshaltungskosten für eine sechsköpfige Familie auf 520 Pesos in Metro Manila bzw. auf 393 Pesos für bäuerliche Familien und 414 Pesos für die übrigen Familien außerhalb der großen Städte.

So ist nach Angaben des nationalen Statistikamtes die Zahl der armen Filipinos/as in den letzten vier Jahren um viereinhalb Millionen gestiegen — auf nunmehr 31,3 Millionen Filipinos/as bzw. auf 40 Prozent der Bevölkerung. Und das bei einer absurd niedrigen Armutsschwelle von nur 13.196 Pesos (300 €) pro-Kopf-Jahreseinkommen; eine angemessene Armutsschwelle würde die Zahl der Armen nahezu verdoppeln.

Die Anzahl derer, die nicht einmal genug haben, um irgendwie über die Runden zu kommen, ist um

## Personalkürzung und Firmenschließung aufgrund ökonomischer Faktoren nach Größe der Firma und Grund der Maßnahme, 1. Januar – 31. März 2001

	Schließung	Arbeitsplatzkürzung	Total
<b>Größe der Firma</b>			
Weniger als 20 Arbeiter	117	188	305
20-199 Arbeiter	90	468	558
200-599 Arbeiter	9	126	135
mehr als 600 Arbeiter	2	88	90
<b>Grund der Maßnahme</b>			
Produktanforderung	71	167	238
Finanziell	103	157	260
Organisatorisch	14	507	521
Mangel an Rohmaterial	1	8	9
Mindestlohnraten	5	17	22
Andere	24	14	38
<b>Total</b>	<b>218</b>	<b>870</b>	<b>1.088</b>

Quelle: IBON, Vol. 24, Nos. 17-18, September 2001, S. 15

2,1 Millionen auf 16,5 Millionen hungrige Individuen gewachsen.

Die Familieneinkommenserhebung im Jahre 2000 kam zu dem Ergebnis, dass das durchschnittliche Familieneinkommen in vier Jahren um vier Prozent gesunken ist. Mit der verschlechterten Lage auf dem Arbeitsmarkt dürfte sich die Einkommenssituation gerade der Ärmsten weiter verschlechtert haben.

In zwei neueren Erhebungen geben mehr und mehr Filipinos/as an, sich als arm zu betrachten und dass sie nicht damit rechnen, dass sich ihre Situation in der nächsten Zeit verbessert. (siehe auch: *Armut in den Philippinen, südostasien 4/2001*)

## Defizite und sinkende Investitionen

Von 1990 bis 2000 sind die öffentlichen Auslandsschulden der Philippinen von 30 auf über 52 Milliarden US-Dollar gewachsen. Damit betragen sie 78,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und sind damit prozentual nahezu so hoch wie in den letzten Jahren der Marcosdiktatur. Für einen US-Dollar muss man heute 52 Pesos zahlen, 1990 waren es bloß 28.50 Pesos. Und das chronische Handelsdefizit des Landes bleibt bestehen. Es beträgt in diesem Jahr 133 Milliarden Pesos —

und muss durch weitere Kreditaufnahmen finanziert werden.

Die Zahlungsbilanz ist ebenfalls negativ; im ersten Halbjahr von 2001 sind 606 Millionen US-Dollar mehr aus dem Land geflossen als hineingekommen. Die Überweisungen der Arbeitsmigrant/innen (OCWs) konnten dieses Defizit bloß mindern.

Ein Grund: Die ausländischen Investitionen gingen zurück. Die bei der Zentralbank registrierten ausländischen Direktinvestitionen betragen in den ersten neun Monaten von 2001 bloß 545 Millionen US-Dollar, 57 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum 2000.

Gleiches gilt für die ausländischen Portfolioinvestitionen, die in den ersten neun Monaten von 2001 auf 1437 Millionen US-Dollar zurückgegangen sind, die Hälfte des Vorjahreswertes.

Da müssen einem doch Zweifel kommen, ob es von der Regierung wirklich intelligent ist, weiterhin zu versuchen, ausländische Investitionen anzuziehen. Sich auf diese und ausländische Entwicklungshilfe zu verlassen und in ihnen ein Wundermittel zu sehen, um das Land zu entwickeln, muss da als Torheit erscheinen.

Im letzten Jahrzehnt wurde das Land sehr viel stärker in die Weltwirtschaft eingebunden. Der Außenhandel hat einen größeren Umfang als das gesamte Bruttoin-





aus: PDI, Jan. 2002

Ein menschenwürdiger Lebensunterhalt — für die meisten unerreichbar.

landsprodukt (101,5 Prozent — 1990: 60,9 Prozent), die ausländischen Direktinvestitionen sind von 1990 bis 2000 um 166 Prozent gestiegen. Doch Exporte, ausländische Investitionen, Exportenklaven und Freihandelszonen dienen nicht der nachhaltigen Entwicklung des Landes; es gibt mehr Arme und Arbeitslose als ein Jahrzehnt zuvor. Das Wachstum hat in der Hauptsache bloß einige Wenige reicher gemacht.

Von den Dogmen des Neoliberalismus besessen — und nicht minder aus wirtschaftlichem und politischem Eigeninteresse — ist die Regierung weiterhin entschlossen, die Liberalisierung von Handel und ausländischen Investitionen voranzutreiben, wenn auch aus heuchlerischem Mitgefühl durch soziale Netze und andere Schmerzmittelchen ergänzt. Die entscheidenden Entwicklungsfragen, vor denen das Land steht, werden hingegen nicht angegangen.

## Zurückgeblieben

Es hat keine wirklichen Veränderungen in punkto industrieller und landwirtschaftlicher Rückständigkeit des Landes gegeben. Der Anteil des produzierenden Sektors am Nationalprodukt ist von 25,4 Prozent im Jahre 1990 auf heute 23,4 Prozent gefallen, was sogar unter den 24,5 Prozent von 1960 liegt. Der Anteil der Beschäftigung in diesem Sektor ist über Jahre konstant bei neun Prozent geblieben — 1960 dagegen waren es schon zwölf Pro-

zent. Die Industrie stagniert und zeichnet sich durch geringe Produktivität, Technologie und Wertschöpfung aus.

Im landwirtschaftlichen Sektor sieht das Bild gar noch düsterer aus. Hier gingen über eine Millionen Jobs zwischen 1994 und 2000 verloren, weitere 690.000 Familien auf dem Lande verarmten. Im letzten Jahrzehnt sind die Reisimporte um 540 Prozent gestiegen, die Maisimporte um 320 Prozent, Geflügelimporte um 580 Prozent und Schweineimporte um 120 Prozent. So wurde aus dem Handelsüberschuss mit den USA von 1,3 Milliarden Dollar im Jahr 1990 gegenwärtig ein Defizit von 3,5 Milliarden.

Von der Konkurrenz der Billigimporte, staatlicher Vernachlässigung und der Umwidmung von Landnutzung für die Exportproduktion in die Knie gezwungen, verarmt die ländliche Bevölkerung weiter.

Das Wachstum des Agrarsektors beträgt gerade noch anderthalb Prozent (1990: 4,2 Prozent); damit hält die Wachstumsrate seit

der Liberalisierung dieses Sektors 1995 im Zuge des GATT-Abkommens nicht einmal mehr mit dem Bevölkerungswachstum Schritt.

Landlosigkeit — Quelle revolutionärer Unruhe auf dem Lande — bleibt ein weitverbreitetes Phänomen. Nur sechs Prozent der Familien kontrollieren weiterhin 60 Prozent des landwirtschaftlich genutzten Landes. 13 Jahre nach Verabschiedung des Agrarreformprogramms CARP konnten gerade einmal 68 Prozent des ohnehin reduzierten Zieles von 8,1 Millionen Hektar verteilt werden — die zunehmenden Berichte über Rückübertragung des Landes und der Landumwandlung ganz außer Acht gelassen. Das meiste verteilte Land war öffentliches Land und Land, das im Besitz kleiner und mittelgroßer Höfe gewesen ist. Der Großgrundbesitz — Basis politischer Macht der einflussreichen Familien — blieb weitgehend unangetastet. (siehe auch: *Land in Sicht?*, hrsg. von FIAN und philippinenbüro, Essen, 2001)

## Asiens schwarzes Schaf

Unsere Regierung hat sich hämisch darüber gefreut, dass die Wachstumsraten der Philippinen nach der asiatischen Wirtschaftskrise die ihrer Nachbarländer überflügelt haben sollen. »Wieder einmal hat die philippinische Wirtschaft ihre Unverwüstlichkeit unter Beweis gestellt«, so der Generalsekretär des nationalen Statistikamts, Romulo Virola. Doch auch hier haben wir es mit Halbwahrheiten zu tun.

Ganz davon abgesehen, dass wir ohnehin den kleinsten industriellen Sektor haben, ist dieser in 2000 bloß um 3,6 Prozent gewachsen, viel weniger als in Thailand (5,2 Prozent), Indonesien (5,5 Prozent),

## Tägliche Lebenskosten für eine sechsköpfige Familie in Pesos (Zahlen für Mai 2001)

	1997	1998	1999	2000	2001
Philippinen	323,05	355,61	378,99	394,75	420,22
Metro Manila	388,86	434,11	451,11	471,85	505,81
<b>Gebiete außerhalb Metro Manilas</b>					
landwirtschaftlich	295,46	323,64	348,20	361,92	384,56
nicht landwirtschaftlich	310,86	340,50	366,34	380,79	404,60

Quelle: IBON, Vol. 24, No. 11, Juni 2001, S. 7



Vietnam (9,7 Prozent) und Malaysia (14,7 Prozent). Ähnliche Verhältnisse ergeben sich bei der Inflationsrate. So stiegen bei uns die Preise um 4,4 Prozent, in Indonesien zwar um 9,3 Prozent, in Thailand aber nur um 1,6 Prozent, während sie in Vietnam gar um 1,7 Prozent fielen. Auch über das ganze Jahrzehnt gerechnet lagen unsere Wachstumsraten unter denen aller südostasiatischen Nachbarstaaten.

Und der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) zufolge gilt Gleiches für die Arbeitslosenzahlen. Bei uns lagen sie im letzten Jahrzehnt im Durchschnitt bei 9,7 Prozent, in Indonesien aber nur bei 4,3

Prozent, in Malaysia bei 3,2 Prozent und in Thailand bei 2,9 Prozent.

Kein Wunder, dass auch die Armutsrate höher ist als im benachbarten Ausland. Und die soziale Ungleichheit — gemessen am Verhältnis des Einkommens der obersten 20 Prozent zu den untersten 20 Prozent — ebenfalls ausgeprägter ist.

## Aussichten

Es gibt keine Anstrengungen für eine echte Agrarreform, die denen das Land gibt, die es bebauen und sie mit der nötigen Ausrüs-

tung ausstattet, um es produktiv zu bewirtschaften — das wäre ein erster Schritt, um heimische Ressourcen zu mobilisieren, um die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen.

Es gibt keine nationale Industrialisierungskampagne, die eine moderne und vielfältige Wirtschaft schafft und uns finanziell und technologisch vom Ausland unabhängiger machen könnte. Stattdessen hängt man merkwürdigerweise weiterhin an einem Modell einer importintensiven, enklavischen Produktion, die auf den Export ausgerichtet ist.

Ähnlich pervertiert ist die Fixierung darauf, um jeden Preis ausländisches Kapital anzuziehen, auch wenn dieses wenig Beschäftigung und kaum technologische und finanzielle Vorteile für das Land erbracht hat.

Die Philippinen brauchen eine Wirtschaftspolitik, die unsere wirtschaftliche Eigenständigkeit stärkt und der breiten Bevölkerung nützt — und nicht weiterhin von den Profitinteressen des ausländischen Kapitals und der heimischen Eliten bestimmt wird.

Die Entscheidung der Regierung Arroyo, den eingeschlagenen Weg einer neoliberalen Wirtschaftspolitik von ihren Vorgängerregierungen zu übernehmen, bedeutet nur mehr Leid für die sich plagende Bevölkerung. Denn die Aussichten für ein besseres Leben bleiben so für sie duster und die Lebenshaltungskosten steigen.

Die Regierung hat auf vielfältige Weise versucht, ein rosiges Bild der Situation zu malen, aber knurrende Mägen lassen sich nicht mit Medienschows und hohlen Worten füllen. ●

Übersetzung: Niklas Reese

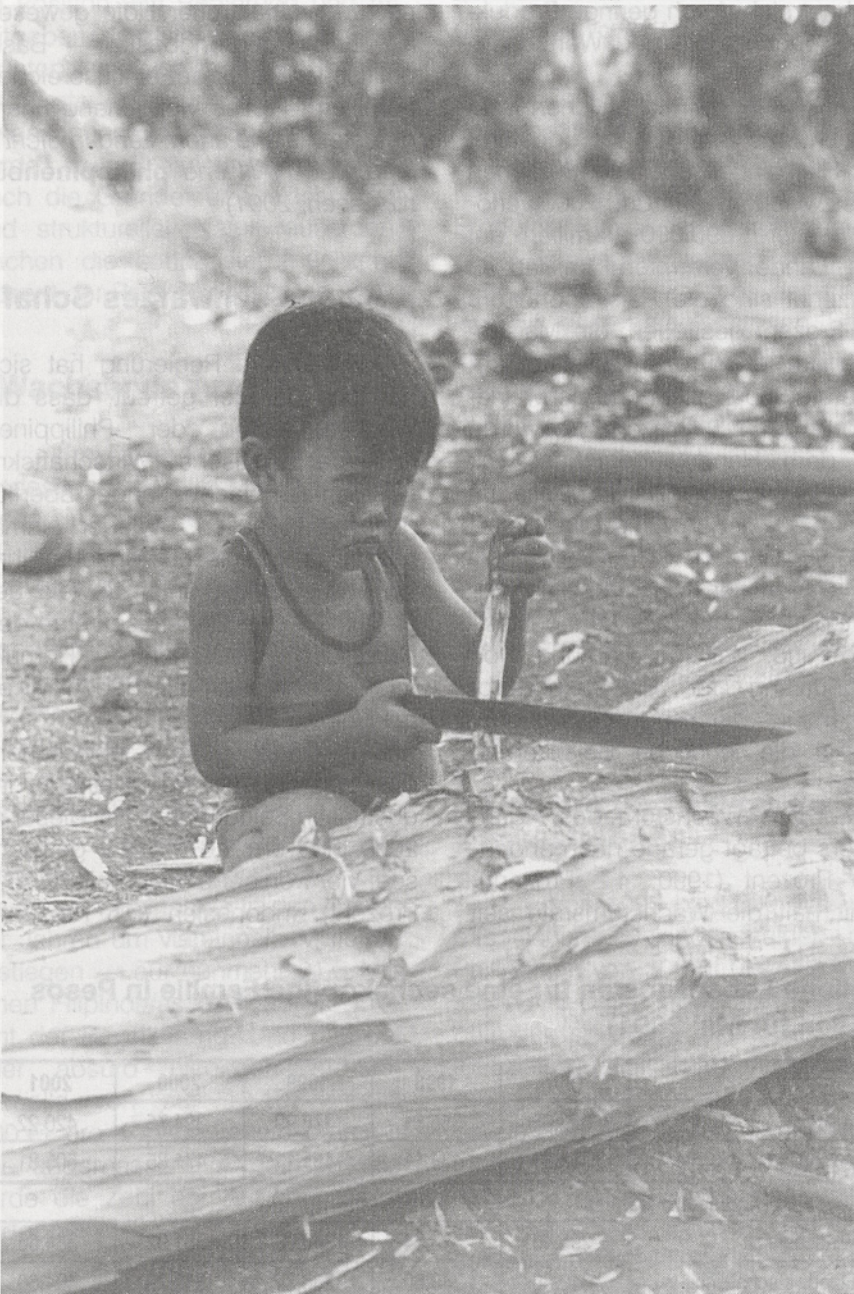


Foto: G. Körte

Nicht in der Statistik — Kinder, die mithelfen müssen